



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbandes vom 22. Juni 2007

EU-Agrarfreihandel für Landwirtschaft zurzeit nicht verkraftbar

Interne Agrarreformen, bilaterale Abkommen, WTO, Agrarfreihandel mit der EU – die Agrarpolitik kommt nicht zur Ruhe. Der Schweizerische Bauernverband (SBV) hat die Auswirkungen eines Abkommens zum Agrarfreihandel mit der EU genauer unter die Lupe genommen. Seine Berechnungen zeigen, dass sich das Einkommen der Bauernfamilien mit einem solchen Abkommen halbieren würde. Und dies nach der Umsetzung der AP 2011, die ihrerseits bereits eine grosse Herausforderung darstellt. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen ist der SBV deshalb zurzeit gegen ein Freihandelsabkommen mit der EU im Agrarsektor.

Kaum ist das Reformpaket der AP 2011 praktisch unter Dach und Fach, geht das Raufen um eine optimale Ausrichtung der Schweizer Landwirtschaft weiter: Die WTO-Verhandlungen befinden sich im regen Auf- und Abwind, so dass die Einschätzung der Lage schwierig ist. Die Gespräche mit der EU über ein Agrarfreihandelsabkommen stecken in ihren Anfängen und werden voraussichtlich zähe Verhandlungen nach sich ziehen. Ungeachtet dessen gibt sich die Schweiz auch an einem freien Handel mit Ländern mit grossem Exportpotenzial wie Brasilien und Indien interessiert.

Der SBV hat die wirtschaftlichen Konsequenzen eines Agrarfreihandelsabkommens mit der EU für die Schweizer Landwirtschaft genauer untersucht. Dabei machte er für drei verschiedene Szenarien Hochrechnungen bis ins Jahr 2015. Das erste Szenario ist der Status quo mit nationalen Agrarreformen alle vier Jahre, das zweite berücksichtigt die mutmasslichen Ergebnisse der Doha-Runde und das dritte die möglichen Auswirkungen eines Agrarfreihandelsabkommens mit der EU. Die folgenden Faktoren sind berücksichtigt: Der Strukturwandel in der Landwirtschaft, die allgemeine Teuerung, das Kosteneinsparungspotenzial im Agrarsektor sowie höhere Marktpreise, die dank dem guten Image und der hohen Qualität der Schweizer Produkte realisierbar sein sollten. Die Prognose basiert auf dem Durchschnitt zwischen der best- und der schlechtestmöglichen Entwicklung im jeweiligen Szenario. Die Resultate widerspiegeln damit die Zukunft realistisch.

Die Berechnungen zeigen, dass ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU die durchschnittlichen Arbeitseinkommen der Schweizer Bäuerinnen und Bauern halbieren würde. Die WTO könnte gar zu einer Einkommensverminderung von bis zu 80 Prozent führen. Ein Abkommen mit der EU hätte insbesondere für Ackerbaubetriebe sehr negative Auswirkungen. Obwohl gesamthaft weniger dramatisch als die WTO, führt aber auch der Freihandel mit der EU zu immensen Einbussen. Die Schweizer Landwirtschaft wäre ohne umfassende Begleitmassnahmen in Frage gestellt.

Der SBV kann sich im aktuellen Umfeld deshalb nicht für ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU aussprechen. Dies zumindest solange, bis die Ergebnisse und der Zeitplan der Doha-Runde bekannt sind. In der Zwischenzeit sind alle gefordert, die Produktionskosten weiter zu senken, strukturelle Nachteile wettzumachen und einen Markt für den Verkauf von Schweizer Produkten in der EU aufzubauen. Voreiliges Handeln unserer Regierung ist nicht angezeigt.

Rückfragen:

Hansjörg Walter, Präsident SBV, Mobile 079 404 33 92

Jacques Bourgeois, Direktor SBV, Mobile 079 219 32 33

Sandra Helfenstein, Mediensprecherin SBV, Mobile 079 826 89 75

www.sbv-usp.ch